

# BESCHLUSSVORLAGE

			<b>Vorlage-Nr.: B 19/0411</b>
<b>50 - Sozialamt</b>			<b>Datum: 31.07.2019</b>
<b>Bearb.:</b>	<b>Dimmlich, Meike</b>	<b>Tel.:-431</b>	<b>öffentlich</b>
<b>Az.:</b>			

**Beratungsfolge**

**Sitzungstermin**

**Zuständigkeit**

## **Antrag von pro familia – Erhöhung der Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen für 2019**

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss beschließt, die Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen für das Kalenderjahr 2019 um 2.000,00 € auf insgesamt 15.000,00 € zu erhöhen.

### **Haushaltsrelevante Daten:**

Produkt/Konto: 331000/531800

Haushaltsplan: 2018/2019

Ausgabe: 28.000 €

Mittel stehen zur Verfügung: Ja

### **Sachverhalt**

Auf Grund des Beschlusses des Sozialausschusses vom 21.07.2017 erfolgte für die Jahre 2018 und 2019 im Anschluss an die Vorjahre eine Kostenübernahme für Verhütungsmittel in Höhe von jährlich 13.000,00 € - insgesamt 26.000,00 €. In den vergangenen Jahren war eine ausreichende Kostendeckung gegeben, so dass entsprechend der Regelungen im Zuwendungsbescheid unverbrauchte Mittel auf das jeweils kommende Jahr übertragen werden konnten und per 31.12.2017 abzurechnen waren. Daraus ergab sich ein Erstattungsbetrag in Höhe von 5.878,81 €, den pro familia Anfang diesen Jahres ausgeglichen hat.

Die aus dem anliegenden Sachbericht für 2018 zu entnehmende Entwicklung zeigt, dass die in 2017 in Anspruch genommenen Kosten verhältnismäßig gering im Vergleich zu den anderen Jahren waren und in 2018 bereits wieder ein Anstieg zu verzeichnen war, so dass unverbrauchte Mittel nur in Höhe von 262,09 € auf 2019 übertragen werden konnten. Mit Schreiben vom 04.07.2019 beantragt pro familia eine Erhöhung der Kostenübernahme für 2019 in Höhe von 2.000,00 €, da die vorhandenen Mittel zur Jahreshälfte schon ca. zu 80 % verbraucht sind. Unter Berücksichtigung der oben genannten Erstattung stellt die Erhöhung des Ansatzes für 2019 um 2.000,00 € keine tatsächliche Erweiterung des Gesamtbudgets für die Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel dar.

Für 2020 bleibt die noch ausstehende Entscheidung des Kreises Segeberg über die dort beantragte Kostenübernahme abzuwarten.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	---------------------

**Anlagen:**

- Erhöhungsantrag 2019
- Verwendungsnachweis 2018
- Sachbericht 2018